



Deutschland kämpft gegen Corona

Zur Überwindung der Corona-Krise hält die CDU/CSU-Fraktion die hohe Neuverschuldung von fast 180 Milliarden Euro für gerechtfertigt. In der Generaldebatte zum Haushalt 2021 betonte Unionsfraktionschef Brinkhaus gestern, es sei „keine Option, diejenigen, die unter der Corona-Krise leiden, hängen zu lassen“.

In Zeiten von Corona könne man weder im Sozialbereich noch an den Zukunftsausgaben sparen, unterstrich Brinkhaus. Gleichwohl sei die hohe Nettoneuverschuldung „nicht das, was wir uns als Union gewünscht haben“. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sei es „richtig, dass wir eine kurze Tilgungsfrist gemacht haben“. 2026 solle mit der Rückzahlung begonnen werden. Damit Deutschland wieder auf einen guten Wachstumspfad komme, brauche es eine „Renaissance der Wirtschaftspolitik“.

Auch NRW-Landesgruppenchef Dr. Günter Krings fordert eine schnelle Rückkehr zu soliden Haushalten und zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Die Bundesrepublik Deutschland müsse mit Herausforderungen leben, die sie in dieser Art noch nicht gekannt habe, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer gestrigen Rede vor dem Bundestag. Es gehe darum, nach Überwindung der Corona-Pandemie wieder an die alte Stärke anzuknüpfen. 2022 wolle man wirtschaftlich gesehen das Vorkrisenniveau wieder erreichen. „Wir müssen sehen, dass Deutschland zu denjenigen Ländern zählt, die diese Pandemie erfolgreich bewältigen.“

Zu diesem Zweck seien in den Haushalten 2020 und 2021 Rekordinvestitionen vorgesehen. Das Geld müsse nun auch schnell abfließen, mahnten Merkel und Brinkhaus. Brinkhaus sagte: „Es geht nicht nur darum, das Geld bereitzustellen, sondern es geht in erster Linie darum, dieses Geld auch auszugeben.“ Er wies darauf hin, dass die Koalition Hürden im Planungsrecht weggeräumt habe, damit die Mittel schneller eingesetzt werden könnten. Darüber hinaus forderte er einen stärkeren Bürokratieabbau. Der Haushalt sieht unter anderem Investitionen in Zukunftsfelder wie die Impfstoffforschung, die Wasserstoffstrategie, die Künstliche Intelligenz oder die Quantentechnologie vor.

Angesichts der immer noch zu hohen Zahl an Neuinfektionen und der steigenden Zahl an Intensivpatienten und Todesfällen zeigte sich Brinkhaus gestern besorgt: „Das RKI meldet heute mehr als 500 Corona-Tote. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Menschen und Schicksale. Wir schauen auf die Maßnahmen und müssen erkennen: Es hat nicht gereicht. Es ist daher richtig, dass einige Länder darüber nachdenken, mehr zu machen.“

Die Kanzlerin sprach sich deswegen gestern für weitergehende Kontaktbeschränkungen aus, darunter Geschäftsschließungen nach Weihnachten und eine Ausdehnung der Schulferien oder eine Umstellung auf Digitalunterricht. Es gehe nicht darum, zwischen dem Schutz der Wirtschaft oder dem Schutz von Menschenleben zu wählen, so Bundeskanzlerin Merkel. Vielmehr hänge beides zusammen: „Die Wirtschaft ist dort widerstandsfähig, wo die Pandemie unter Kontrolle ist.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2021 verabschiedet. In meiner Rede zum Verkehrsetat habe ich betont, dass dieser nicht nur der größte Investitionsaus-

halt des Bundes ist: Er ist ein Haushalt der Superlative und mit seiner hohen Investitionskraft beispielhaft in Europa!

Er generiert notwendige Gestaltungskraft und Verlässlichkeit, damit unsere Verkehrsinfrastruktur in ihrer ganzen Bandbreite erhalten, ertüchtigt und erweitert werden kann. Gleichzeitig bereiten wir den Weg für neue Technologien und Verkehrsformen. Wir fördern konsequent den Schienenausbau, den ÖPNV und investieren in unsere Radverkehrsinfrastruktur. Das nenne ich aktiven Klimaschutz, der in einem gesunden Verhältnis zu Wirtschaftswachstum steht!

Darüber vergessen wir aber auch nicht diejenigen, die durch die Corona-Pandemie ganz besonders gebeutelt sind. So investieren wir zum Beispiel 80 Millionen Euro in ein Förderprogramm für die Reisebustouristik. Denn sie leistet überall, aber vor allem bei uns im ländlichen Raum, viel für die Verbindung von Menschen und schafft zudem tausende Arbeitsplätze! Hart getroffen hat es auch unsere Regionalflughäfen. Deshalb ist es richtig und wichtig, diese bei den hohen Kosten für die Flugsicherung zu unterstützen und wo es eben geht Standorte zu sichern. Gerade in der Fläche waren und sind wir gut aufgestellt und jetzt geht es darum, diese guten Strukturen zu erhalten.

Liebe Freunde, am 1. Januar 2021 geht nach langem Streit die Autobahn-GmbH an den Start. Ich freue mich, dass für sie in den parlamentarischen Beratungen weitere Mittel generiert werden konnten. Dafür haben wir uns als Union stark gemacht! Der Schwerlastverkehr auf unseren Straßen nimmt immer weiter zu. Um diesen bewältigen zu können, bedarf es gut ausgebauter Autobahnen. Daher ist und bleibt die Entscheidung für die Autobahn-GmbH zukunftsorientiert und damit absolut richtig!

Ich wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende und einen schönen 3. Advent. Bleiben Sie gesund!

Ihr

Reinhold Sendker MdB



EU-Afrika-Partnerschaft ausbauen

Gipfeltreffen muss Zukunftsthemen in den Mittelpunkt rücken

Am Mittwoch fand ein Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union (EU) als Videokonferenz statt. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe, und der entwicklungspolitische Sprecher Volkmar Klein:

Hermann Gröhe: „Es ist wichtig, dass das Gespräch der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union auch in der Pandemie fortgesetzt wird. Nur gemeinsam können wir die Pandemie bewältigen. Und nur gemeinsam können wir auch für die anderen großen Herausforderungen – wie den Klimawandel, die Migration sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf beiden Kontinenten – Lösungen für die Menschen erarbeiten und umsetzen. Es gilt daher, die bestehende Partnerschaft zwischen der AU und der EU auszubauen. Die EU muss ihr Angebot in vielen Bereichen noch deutlich verbessern. Bei der Pandemiebewältigung wird es z.B. darum gehen, dass sich die EU für einen gerechten und angemessenen Zugang der Menschen in Afrika zu einem Impfstoff gegen Covid-19 einsetzt und dazu auch finanziell und mit tatkräftiger Hilfe beiträgt.“

Volkmar Klein: „Die Konferenz ist ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zum EU-AU-Gipfel im nächsten Jahr. Dieser Gipfel soll die Beziehungen zwischen unseren Kontinenten auf eine neue Grundlage stellen. Deshalb müssen jetzt die gemeinsamen Arbeitsfelder und die gegenseitigen Erwartungen bestimmt werden. Zentral ist für uns der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, um den Handel zu fördern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas zu unterstützen. Im Energiesektor gibt es enormes Potenzial für unsere Zusammenarbeit. Auch bei der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln und bei Bekleidung kann in Afrika echte Wertschöpfung entstehen. Dazu muss die EU ihren Markt weiter öffnen und auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse weiter abbauen, etwa technische und rechtliche Vorschriften.“

Fotos: Jan Kopetzky

Steuerliche Entlastungen für unsere Land- und Forstwirte

Ausschuss votiert für Jahressteuergesetz und Änderungen der Umsatzsteuerpauschalierung

Am gestrigen Mittwoch hat der Finanzausschuss über das von der Bundesregierung eingebrachte Jahressteuergesetz beraten.

Im parlamentarischen Verfahren zum Jahressteuergesetz konnte gemeinsam mit den Finanzpolitikern erreicht werden, dass die steuerliche Entlastung zugunsten der vielen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe noch ausgebaut wird. So schaffen wir eine zielgenauere Ausgestaltung der Investitionsabzugsbeträge gemäß § 7g des Einkommenssteuergesetzes (EStG). Hier soll die einheitliche Gewinngrenze auf 200.000 Euro erhöht werden. Damit sollen künftig über 95 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe den Investitionsabzugsbetrag für künftige Anschaffungen nutzen. Zudem kommt es beim § 7g zu weiteren Modifikationen, die den Investitionsabzugsbetrag für landwirtschaftliche Betriebe praxisgerechter machen.

Dazu erklärt der zuständige Berichterstatter, Hans-Jürgen Thies MdB, weiter: „Die Coronapandemie stellt noch immer alle Wirtschaftsbereiche vor enorme Herausforderungen. Auch die Land- und Forstwirtschaft hat weiterhin zu kämpfen. Mit dem diesjährigen Jahressteuergesetz unterstützen wir unsere systemrelevante Agrarbranche. So wird in § 14 Absatz 2 EStG klargestellt, dass die Realteilung von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben bei Betriebsfortführung eines Teilbetriebes steuerneutral erfolgen kann.“

Ferner haben wir in § 24 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes eine Umsatzgrenze für die Umsatzsteuerpauschalierung in Höhe von 600.000 Euro gezogen. Hiermit schaffen wir ein klares Abgrenzungskriterium für die landwirtschaftliche Praxis. Mit diesem Schritt wollen wir endlich einen jahrelangen Streit zwischen Deutschland und der EU-Kommission beenden. Den rechtlichen Vorgaben der EU-Kommission würde entsprochen - und somit eine Klage gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof mit drohenden Rückforderungen rechtswidriger Beihilfen verhindert werden. Die Regelung wird erst zum 01.01.2022 in Kraft treten. Somit haben Betriebe die Möglichkeit, notwendige Anpassungen vorzunehmen und erhalten Planungssicherheit.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 20/2020,
10. Dezember 2020

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck